

Kleine Anfrage 2377

des Abgeordneten Péter Vida
der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Neue Kiesgrube in Gerswalde

In Gerswalde im OT Buchholz (Landkreis Uckermark) hat der Kiesabbau aufgrund der geologischen Gegebenheiten eine lange Tradition. Inzwischen ist die Kiesgrube Nord, die nach altem DDR-Recht noch dem Bergrecht unterstand, fast ausgeküst und der Betreiber der Anlage will seine Aktivitäten auf ein Gebiet unterhalb 25 ha südlich der jetzigen Kiesgrube ausdehnen. Beide Gebiete trennt die Kreisstraße K 7318. Von der zukünftigen Kiesgrube Süd soll der Kies über eine Förderbrücke über die K 7318 in die vorhandenen Aufbereitungsanlagen der Kiesgrube Nord transportiert werden. Aus meiner Sicht findet hier ein erheblicher Eingriff in Landschaft und Natur statt.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wird es hier eine Umweltverträglichkeitsprüfung geben?
2. Wäre es unter dem Gesichtspunkt der Umweltverträglichkeit nicht angezeigt, dass der jetzige Betreiber der Kiesgrube Nord diese soweit wie bereits möglich rekultiviert, bevor er die Genehmigung zum Betrieb der Kiesgrube Süd erhält? Diese Entscheidung sollte sich nicht von den Festlegungen zur Rekultivierung im jetzigen Betriebsplan leiten lassen.
3. Wurde eine bankgesicherte Bürgschaft in ausreichende Höhe bei der Projektgenehmigung eingefordert?
4. Ist die ordnungsgemäße Zuwegung für landwirtschaftliche Fahrzeuge zu dem Flurstück 3, der Flur 1 (Gemarkung Buchholz, „Das kleine Feld“) auch in Zukunft gesichert? Nachdem der Betreiber das Flurstück 33, das die Zuwegung darstellt, offenbar aufgekauft hat und die bisherige Zuwegung, die gewohnheitsmäßig über die Ostseite des Flurstückes 31 führte, durch Pflugbearbeitung beseitigt hat, ist keine Erreichbarkeit mehr gegeben.